

# Europawahl 2019

## Herausforderung Europa : Sozialökologische Vergemeinschaftung statt Neoliberalismus und Austerität!?

*Vortrag mit Diskussion im März 2019*

*mit Prof. Dr. Rudolf Hickel*

*Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)*



## ***Herausforderungen an die EU: Plädoyer für Stärkung durch Reformen***

- 1. Aktuelle EU-Verortung:** Nach innen und außen in einer tiefen Krise: ökonomisch, sozial, ökologisch - politisch in der Vertrauenskrise
- 2. Die Systemfrage:** Wie viel an nationaler Entscheidungssouveränität wird zum Nutzen aller Mitglieder an die EU übergeben? Frage nach dem Vergemeinschaftungsgrad? Suche nach dem Leitbild!
- 3. Faktenbasierte Analyse:** Misserfolge gegenüber den Erfolgen und Reformchancen
- 4. *Nach außen: weltpolitische Bewertung der EU***
  - \*Weltpolitische Veränderungen wie Trumps America-First-Imperialismus,
  - \* Chinas Machtpolitik auch durch die EU-Durchdringung (China sichert sich etwa in Ungarn, Griechenland und jetzt in Italien europäische Infrastruktur durch Kauf bzw. Beteiligungen an HäfenAuflösung der brüchigen regulierten Weltwirtschaftsordnung (WTO):  
**Gegen den Prozess der Destabilisierung, EU wichtiger denn je!**
- 5. *Nach innen Renationalisierung in der EU:*** Mitgliedsländer auf dem Rückzug zum nationalistischen Staat unter dem Dach der EU

## 6. Zukunft der EU durch eine faktenzentrierte Kosten-Nutzen-Analyse der EU-Vergemeinschaftung

Erfolge nennen, aber (vermeidbare) Fehlentwicklungen nicht verschweigen!

Ansatzpunkt für Weiterentwicklung durch Reform: **EU ja, aber besser!**

- \* **Gesamtökonomische Entwicklung** insgesamt in der EU recht stabil:  
**Aber** regionalwirtschaftlich wachsende Divergenzen zwischen den Mitgliedsländern  
Dominanzposition Deutschlands: Beispiel Handelsbilanzüberschüsse  
Keine spezifische Strategie für ökonomische Krisenländer (Griechenland)
- \* **Währungssystem Euro** insgesamt krisenfest (keine Inflationswährung) auf der Basis der einheitlichen Geldpolitik:  
**Aber** keine gegensteuernde Politik, die der Entwicklung wirtschaftskraftschwacher Länder dient.
- \* **Stabilität des Finanzsystems** nach der Finanzmarktkrise durch die Bankenunion mit Aufsicht, Abwicklung gefährdeter Banken und Einlagensicherung:  
**Aber** Umgehen der Bankenunion, Schattenbanken, nicht ausreichende Regulierung, Verhinderung der Finanztransaktionsteuer
- \* **Vergemeinschaftung der Finanzpolitik** auf Begrenzung der Staatsverschuldung (Fiskalpakt) reduziert  
**Aber** Verzicht auf eine Vergemeinschaftung aktiver Finanzpolitik durch Euro-Investitions- und Konjunktur-Haushalt (auch zur Komplementierung expansiver Geldpolitik)

\* **Ansätze zur gemeinschaftlichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik**

**Aber** viel zu wenig: Defizitäre Politik gegen Arbeitslosigkeit (vor allem Jugendarbeitslosigkeit), sozial politische Absicherung, Stärkung des Tarifrechts, aktive Armutsbekämpfung

\* **Viele Maßnahmen zur Umweltunion** (CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel, Industriepolitik, Ge- und Verbote, Energiepolitik)

**Aber** starker Einfluss der Unternehmenslobby, unzureichender Beitrag zum Ziel der Beschränkung der Erderwärmung, EU-weite CO<sub>2</sub>- Steuer)

\* EU steht für die vergemeinschaftete Sicherung von Frieden nach dem zweiten Weltkrieg

**Aber** kein präventives Konzept der Friedenssicherung

***Die aktuell schwersten Defizite, die es zu überwinden gilt:***

**1. Größte Gefährdung einer demokratischen EU: Wachsende Ängste des sozialen Abstiegs  
Beim Arbeitsplatzverlust Abstieg in prekäre Beschäftigungsverhältnisse;  
Angst vor Armut auch im Alter**

\* EU als Verursacher instrumentalisiert

\* Feindbild Flüchtlinge verhindert gemeinsame Migrationspolitik  
Von nationalistischen Rechtsparteien missbraucht (Beispiel AfD)

**2. Rückzug einzelner Mitgliedsländer aus der EU: politisch gefährliche Renationalisierung  
bei Nutzung der EU-Finanzierungsvorteile (Beispiele: Polen, Ungarn, Italien)**

**3. Die Exit-Option nach Art. 50 (Vertrag über die Europäische Union) relevant (Großbritannien Brexit, AfD will Dexit)**

**4. Abweichen einzelner Mitgliedsländer vom demokratisch- politischen EU-Grundkonsens gegen jegliche Art der Diskriminierung:  
Braucht die EU-Verfassung einen Artikel zur *Entlassung* von Mitgliedsländern aus der EU?**

## ***Kontrollfrage: Wo stünden heute die Mitgliedsländer ohne EU?***

Auch für Deutschland durchdeklinieren:

Achsenbildung und aggressiver Nationalismus mit bedrohlicher Feindseligkeit

Erstes Fazit, das nachfolgend bewiesen werden soll: Die EU ist mehr denn je unverzichtbar.

- \* Nach innen für den sozial-ökonomischen Ausgleich zwischen den Mitgliedsländern
- \* Nach außen zur ökonomisch-politischen Stabilisierung der Welt

## ***Suche nach einem zukunftsfähigen Integrationskonzept:***

***Mitgliedsstaaten für eine auf Konvergenz orientierte Gemeinschaftspolitik***

## **Kritik an der bisherigen Ideologie der Integration:**

### **Neoliberaler Wettbewerb zwischen den Mitgliedsländern Austeritätspolitik**

- \* **Neoliberalismus** wirkt durch die Dominanz des ökonomischen Wettbewerbs zwischen den Mitgliedsstaaten und in den Ländern entwicklungsstörend (Spaltung in Dominanz- und Abhängigkeitsländer)
- \* **Austerität** reduziert die Vergemeinschaftung auf sozial-ökonomisch schwachen Staat: Finanzpolitisch nur restriktive Verschuldung vergemeinschaftet.

***Grundidee der EU immer wieder neu definieren und die Politik weiter entwickeln:***  
**EU in ihrer Doppelbedeutung:**

- \* Abgabe klar definierter nationalstaatlicher Funktionen an die EU
- \* EU- Politik nicht abgetrennte Institution, sondern über Ziele, Instrumente, auch Verwaltung (Bürokratie) durch die Mitgliedsländer bestimmt

**EU demokratisch fundiert:**

- + **dezentral** durch das jeweilige Politiksystem eines Mitgliedslandes Demokratiesystem
- + **zentral** durch das Europaparlament, das an Bedeutung gewonnen hat

## EU – Was ist das – Wer ist dabei?

Die EU: Historisch gewachsenes , differenziertes Gebilde mit unterschiedlichen Vergemeinschaftungsintensitäten:

\* 28 *EU Vollmitglieder* (vor dem GB-Brexit)

\* Assoziierte *Nicht-EU-Mitglieder* im EWR (und EFTA) :  
Norwegen als „aktivster Außenseiter“:  
**Modell für GB nach dem Brexit?**

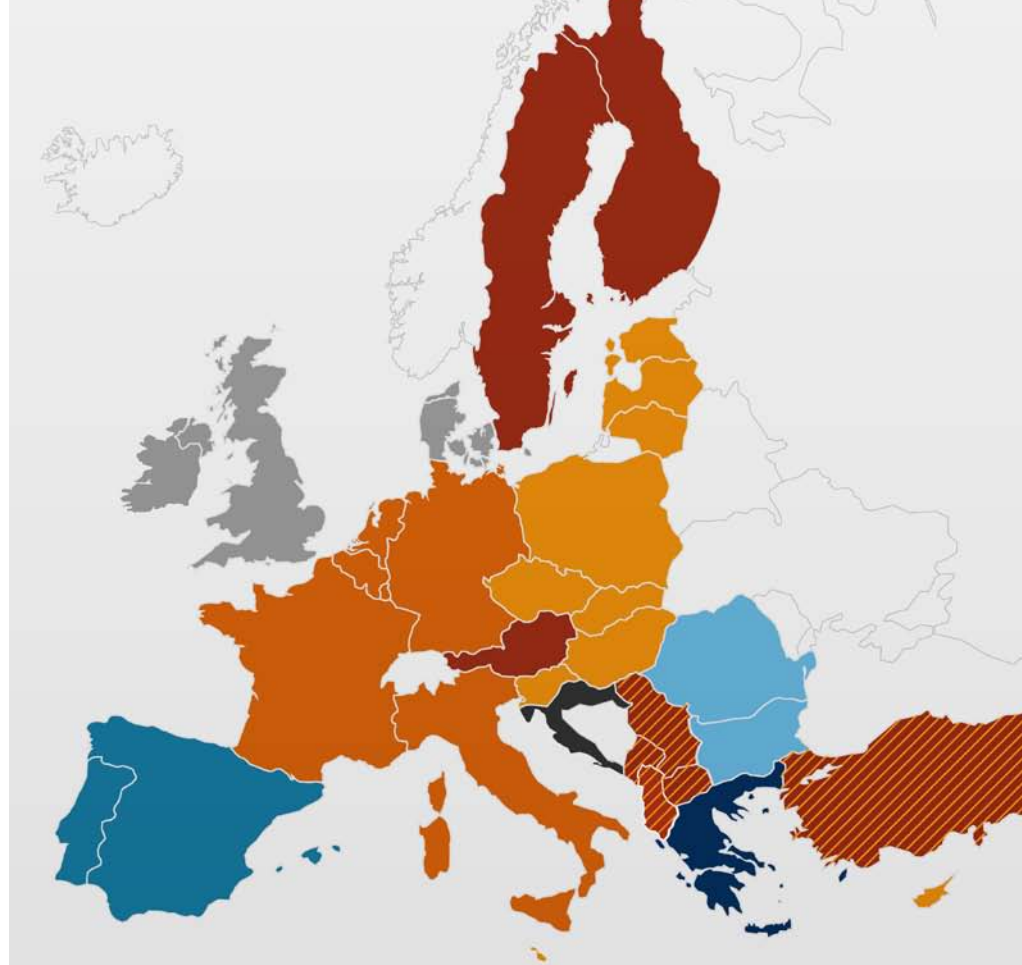
\* Mitglieder in der *Europäischen Währungsunion* (sowie über EWS II angedockte Länder und Nicht-Mitgliedsländer mit Euro)

**Idee zur künftigen Gestaltung :**

***EU mit mehreren Geschwindigkeiten/ unterschiedlichen Vergemeinschaftungsgraden!***



# EU-Mitgliedsstaaten seit der Gründung



● **Gründungsmitglieder 1958:**  
Deutschland, Frankreich, Italien,  
Niederlande, Luxemburg, Belgien

● **Beitritt 1973:** Großbritannien, Irland,  
Dänemark

● **Beitritt 1981:** Griechenland

● **Beitritt 1986:** Spanien, Portugal

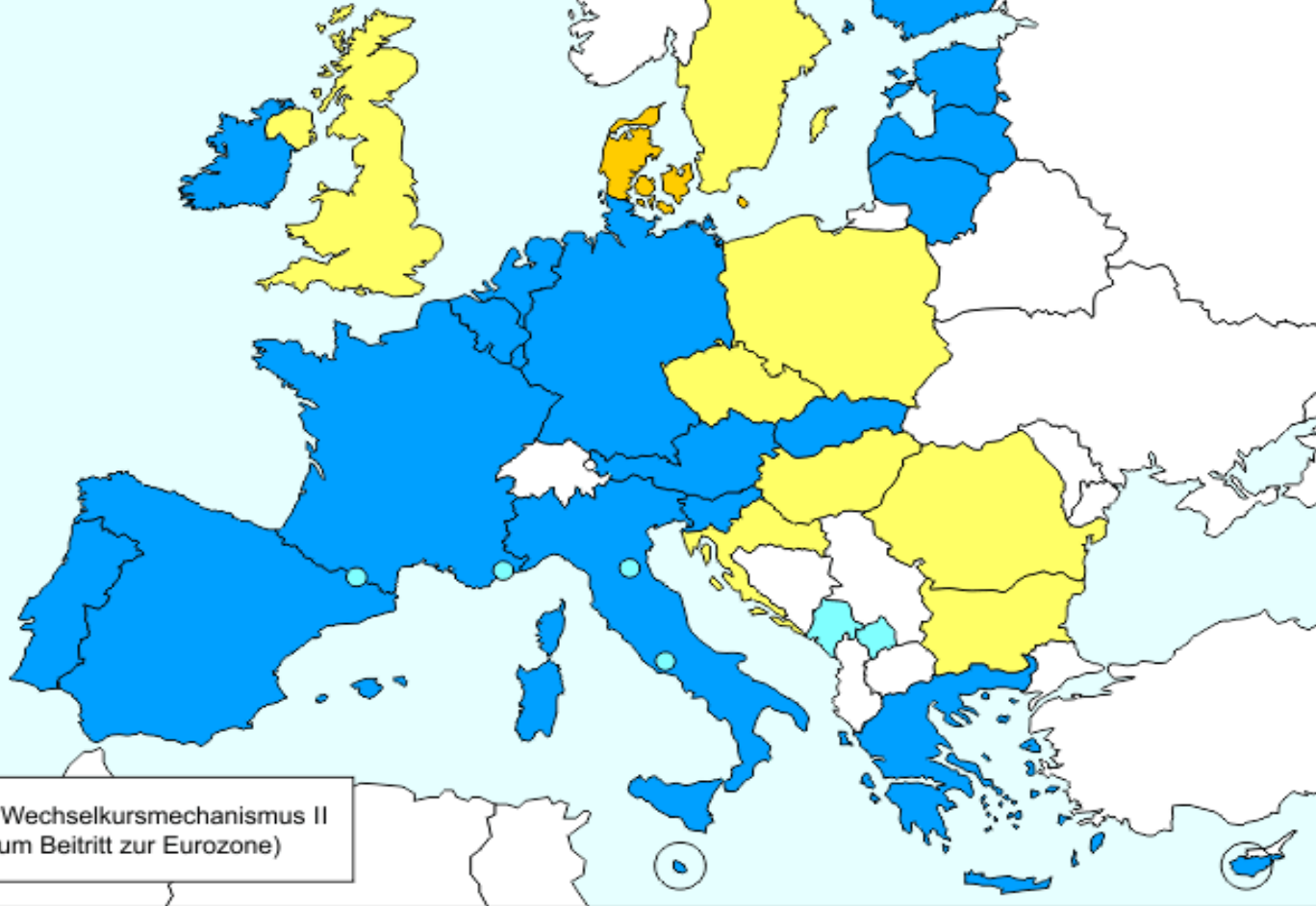
● **Beitritt 1995:** Österreich, Schweden,  
Finnland

● **Beitritt 2004:** Polen, Ungarn,  
Tschechien, Slowakei, Slowenien,  
Estland, Lettland, Litauen, Malta,  
Zypern

● **Beitritt 2007:** Bulgarien, Rumänien

● **Beitritt 2013:** Kroatien

● **Beitrittskandidaten:** Albanien,  
EJR Mazedonien, Montenegro,  
Serbien, Türkei



CRP-Imfotec

Erläuterung: WKM II = Wechselkursmechanismus II (notwendige Vorstufe zum Beitritt zur Eurozone)

\* Mitglieder des EWS

\* Gekoppelt an ESW: WKM II

\* Nicht Mitglied mit Euro (etwa: Montenegro)

- Mitglieder (19)
  - Belgien
  - Deutschland
  - Estland
  - Finnland
  - Frankreich
  - Griechenland
  - Irland
  - Italien
  - Lettland
  - Litauen
  - Luxemburg
  - Malta
  - Niederlande
  - Österreich
  - Portugal
  - Slowakei
  - Slowenien
  - Spanien
  - Zypern (ohne Nordteil)
- 
- EU-Staaten
  - mit WKM II (1)
  - Dänemark
  - ohne WKM II (8)
  - Bulgarien
  - Großbritannien
  - Kroatien
  - Polen
  - Rumänien
  - Schweden
  - Tschechien
  - Ungarn
- 
- Nicht-EU-Staaten die den Euro als Währung haben (6)

# Das Entscheidungsgefüge der EU: Schwer zu durchschauen – demokratische Basis stärken

## Die Organe der EU

### Europäischer Rat



gibt allg. politische Richtung vor

- 28 Staats- und Regierungschefs,
- Präsident des Europäischen Rates,
- Präsident der Kommission und
- (beratend) Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

### Rat der EU (Ministerrat)



schlägt Gesetze vor

Fachminister aus den 28 Mitgliedsländern (z. B. Außen- oder Agrarminister)

beschließen gemeinsam Gesetze und EU-Haushalt

### EU-Kommission



28 Kommissare (ein unabhängiger Kommissar je Mitgliedsland)

schlägt Gesetze vor

bestätigt, kontrolliert, fordert zum Rücktritt auf, stellt Misstrauensantrag

### Europäisches Parlament



751 Abgeordnete aus den 28 Mitgliedsländern

wählen direkt

EU-Bürgerinnen und EU-Bürger

Gesetzesinitiativen per Bürgerbegehren

Weitere Organe und Einrichtungen der EU (Auswahl)	
Gerichtshof der Europäischen Union	wacht über Verträge und legt EU-Recht aus
Europäischer Rechnungshof	kontrolliert Ausgaben
Europ. Wirtschafts- und Sozialausschuss	vertritt Standpunkte europ. Interessengruppen, beratende Aufgaben
Ausschuss der Regionen der EU	vertritt regionale und lokale Gebietskörperschaften, beratende Aufgaben
Europäische Zentralbank	sorgt für Stabilität des Finanzsystems und der Preise



## Ziel der Wirtschafts-,Währungs- und Sozialunion ist Kohäsion zwischen den Mitgliedsländern stärken: **Errungenschaften** und **Baustellen**

- Der Binnenmarkt: Die vier Freiheiten mit unzureichenden Mindeststandards
  - Der EU-Haushalt: ohne eigene EU-Steuer
  - Kohäsionspolitik mit regionalen/sozialen Strukturfonds weiter entwickeln
  - Das krisengeschüttelte Eurosystem durch Europäischen Währungsfonds stärken
  - Die Geldpolitik: Mit Nullzinspolitik erfolgreich gegen die drohende Deflation
  - Die durch Austeritätspolitik ausgebremste Wirtschaft
  - Die Finanzunion mit dem Kernprojekt Bankenunion
  - Vergemeinschaftung der sozialen Sicherungssysteme: Beispiel Arbeitslosenversicherung
- (+Misslungene Flüchtlingsunion + unterentwickelte Umweltunion)

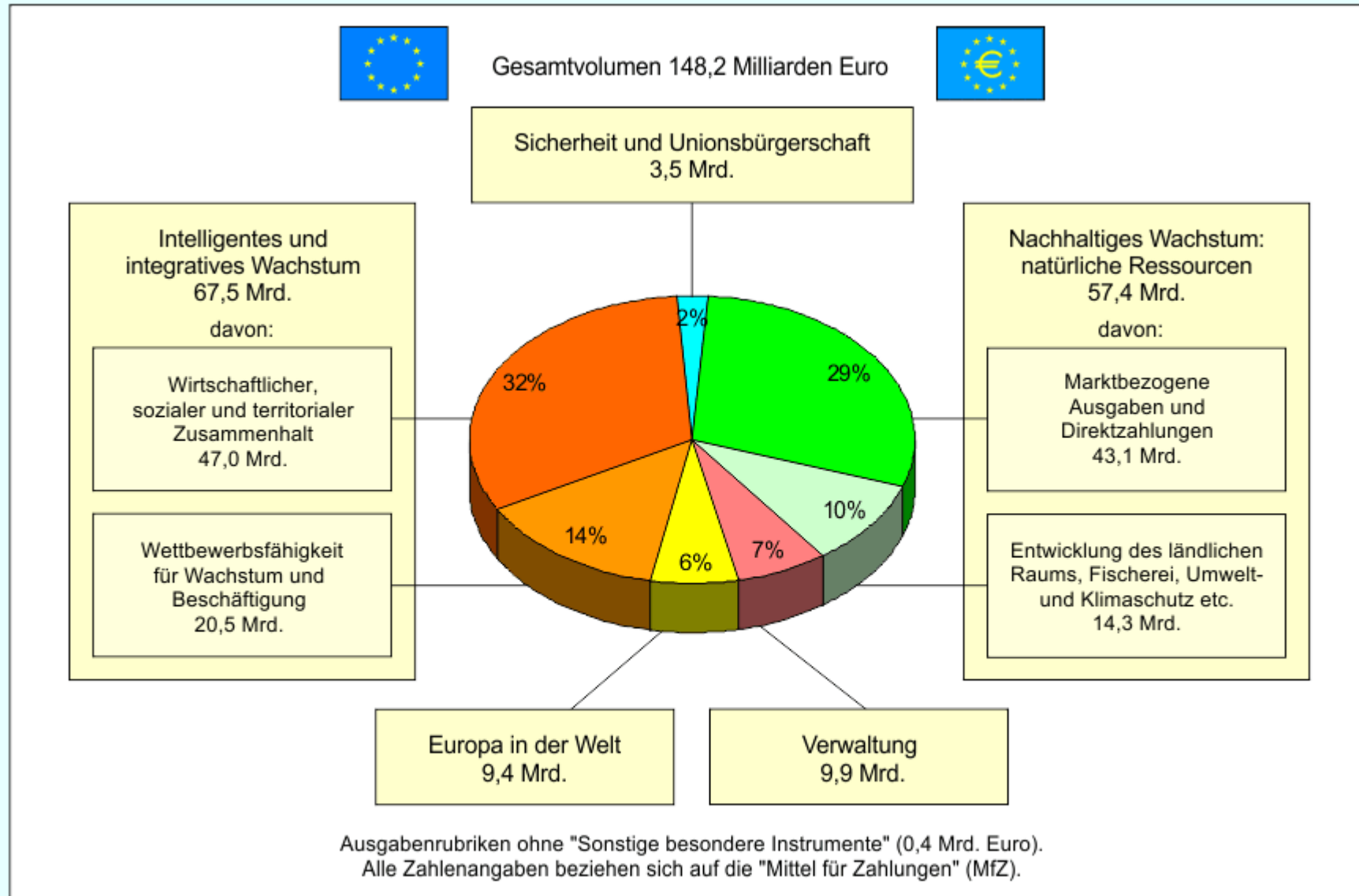
# Die vier Freiheiten des Binnenmarktes: Kampf um die regulierten Mindeststandards

1986 Unterzeichnung der „Einheitlichen Europäischen Akte“; seit 25 Jahren: Handelsvolumen von 3 000 Mrd. € über die Jahre ausgelöst; 1992- 2006 Zuwachs des BIP um 2,2% und Arbeitsplätze von 2,75 Mio.: *Heute wichtig als einheitliches Zollgebiet und damit Gemeinschaftspolitik gegenüber den USA!*

Freier Warenverkehr	Freier Personenverkehr	Freier Dienstleistungsverkehr	Freier Kapitalverkehr
Wegfall von Zöllen und Kontrollen	Wegfall von Personenkontrollen an den Grenzen	EU-weites Angebot von Versicherungsleistungen	Freie Geld- und Kapitalbewegungen
Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung von Normen	Niederlassungs- und Beschäftigungsfreiheit	EU-weites Angebot von Transport, Energie- und Telekommunikationsleistungen	gemeinsamer Markt für Finanzleistungen
Gewährleistung eines freien Wettbewerbs	Anerkennung von Abschlüssen	Handwerk, Tourismus	Liberalisierung des Wertpapierverfahrens

# Der EU-Haushalt ohne eigene Steuer: 2019

## Mehrjähriger Finanzrahmen: Streit ab 2021-2027



Zahlen für 2019 in Milliarden Euro, gerundet (Rundungsdifferenzen möglich)

Datenquelle: Europäische Kommission / Europäisches Parlament

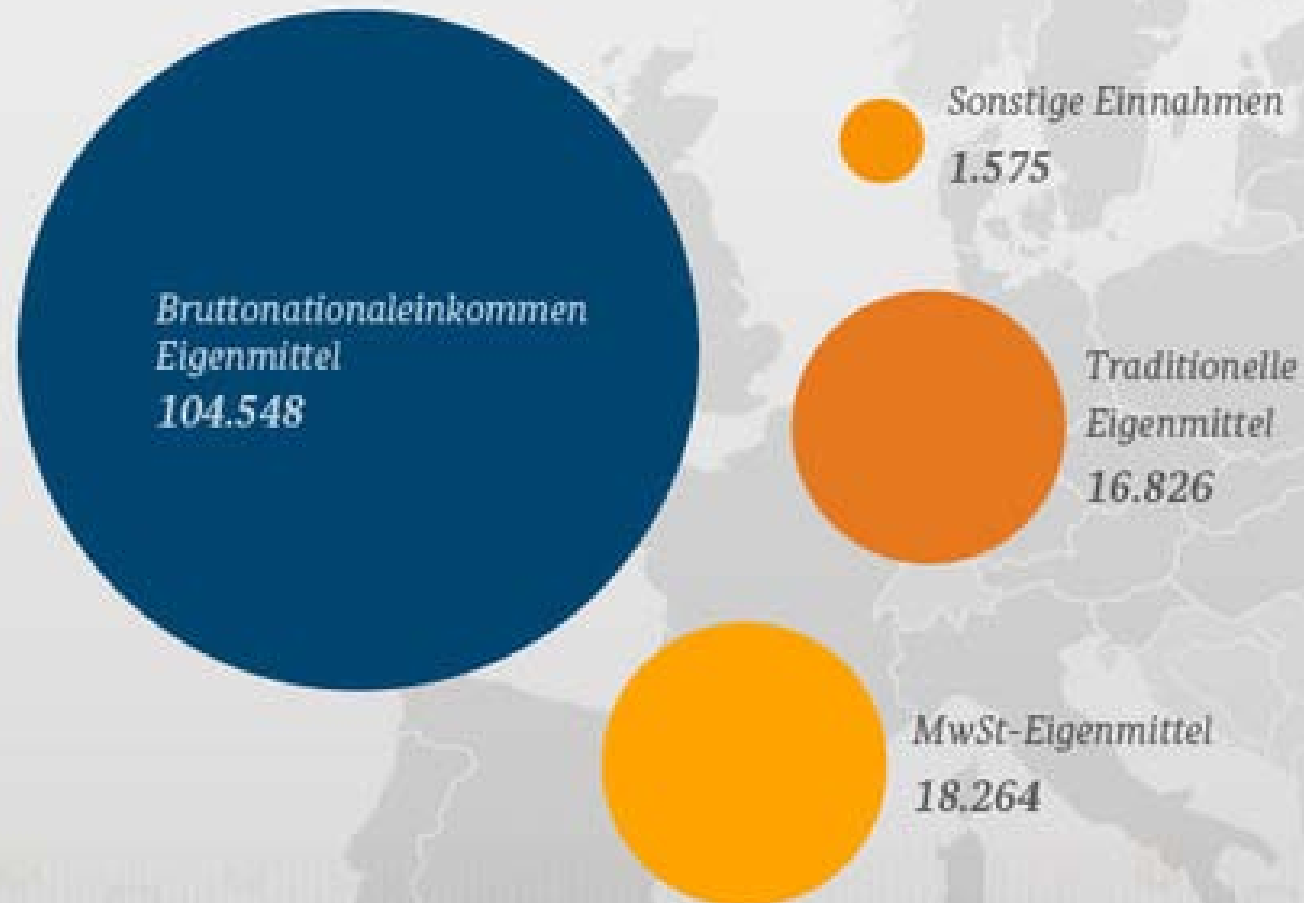
CRP-Infotec

# Zusammensetzung der Einnahmen der EU im Jahr 2015

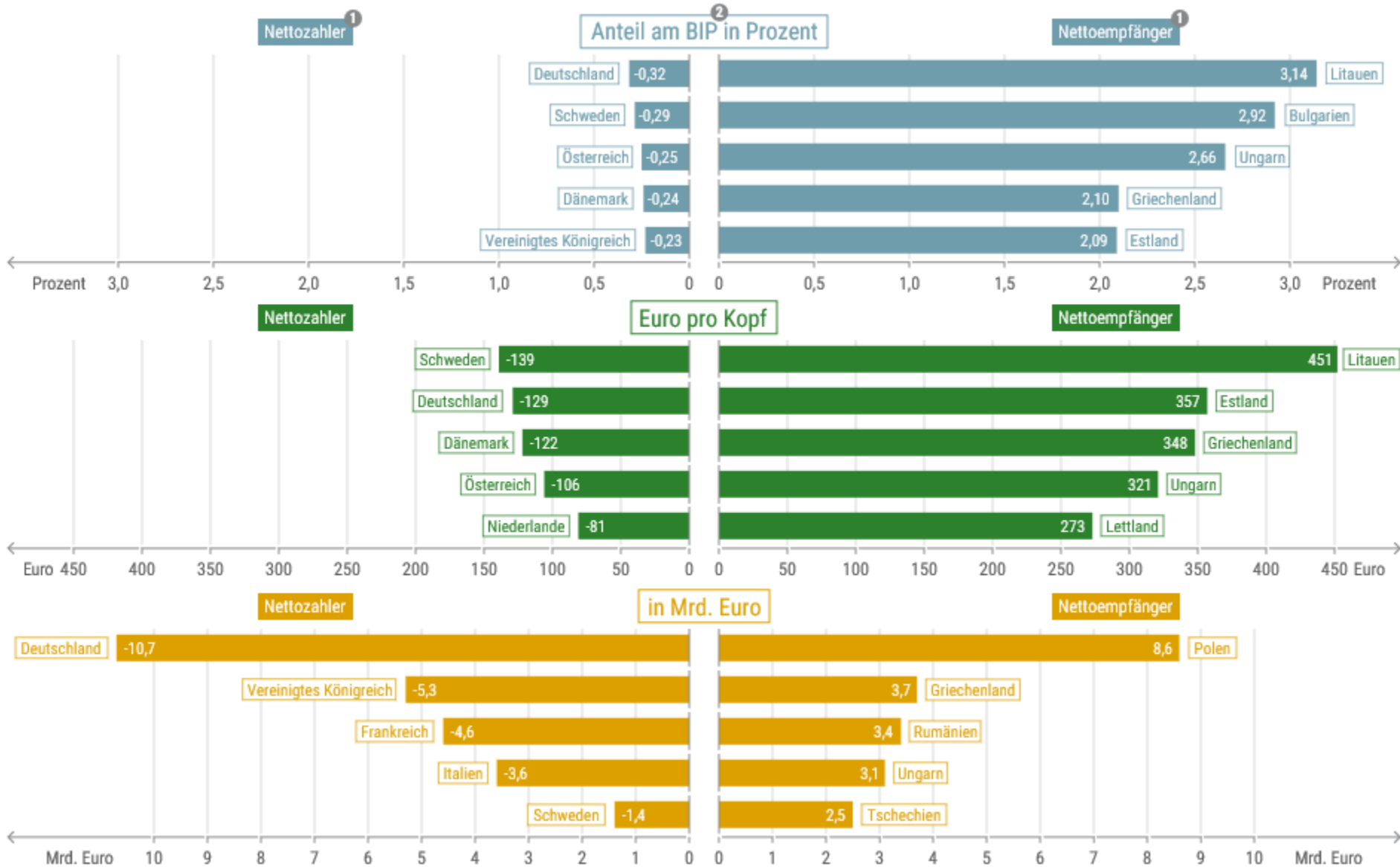
Angaben in Mio. Euro  
Einnahmen gesamt: 141.214

**Vorgabe des  
Einnahmevermögens  
durch Ausgaben-  
plafonds**

*Keine Kredit-  
finanzierung*



# Umverteilung durch den EU-Haushalt: Nettozahler und Nettoempfänger





## **Kritik zur aktuellen Haushaltsplanung**

- Begrenzung der Gesamtausgaben auf ca. 1 % des Brutto-Bruttonationaleinkommens – Erhöhung um ein EU-Investitionsprogramm
- Immer noch hoher Anteil für Agrarwirtschaft (über 38%)
- Keine EU-eigene Steuer (auch keine Finanztransaktionssteuer)
- Föderale Finanzordnung vergleichbar dem föderalen System in Deutschland – auf längere Zeit nicht durchsetzbar

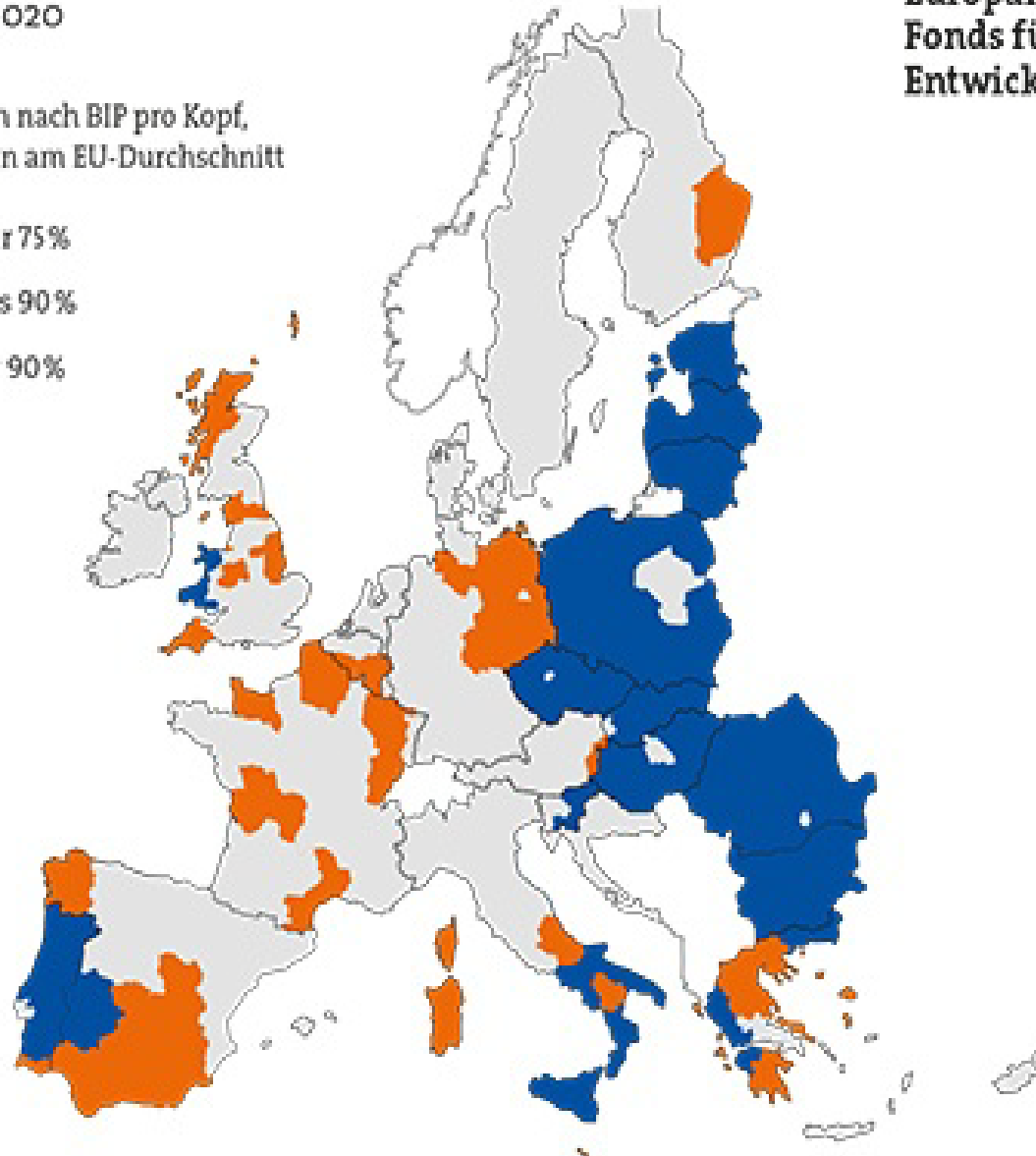
**Schwerpunkt der EU-Haushaltspolitik im Dienste der angemessenen Konvergenz: Fonds gegen wirtschaftsstrukturelle und soziale Auseinanderentwicklung**

## Kohäsionspolitik der EU

2014–2020

Regionen nach BIP pro Kopf,  
gemessen am EU-Durchschnitt

- unter 75%
- 75 bis 90%
- über 90%



Europäischer  
Fonds für Regionale  
Entwicklung (EFRE)

Europäischer  
Sozialfonds (ESF)

Kohäsionsfonds

### Ziele der Kohäsionspolitik

Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen  
Zusammenhalts in der EU

Förderung des Wirtschaftswachstums;  
Schaffung von Arbeitsplätzen

Bekämpfung des Klimawandels

Reduzierung der Energieabhängigkeit

Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung

### Fördermittel der Strukturfonds (EFRE, ESF)

vorgesehene Aufteilung auf:

■ weniger entwickelte Regionen 182 Mrd. €

■ Übergangsregionen 35 Mrd. €

■ Stärker entwickelte Regionen 54 Mrd. €

### Mittel des Kohäsionsfonds

für Verkehrs- und Umweltinvestitionen in den östlichen  
EU-Ländern sowie Portugal, Malta, Griechenland und Zypern  
**63 Mrd. €**

**Gesamtes Finanzvolumen<sup>1</sup>: 352 Mrd. €**

alle Angaben zu  
Preisen von 2011

## **Monetäre Integration:**

**Das Großprojekt EURO- Währung:  
19 von künftig 27 EU-Mitgliedern**

**Spannende Story:**

**Entstehung, Erfolge, Defizite:**

Das krisengeschüttelte Eurosystem  
durch Europäischen Währungsfonds stärken!



## Die Durchsetzung und Wirkung des Eurosystem durch Europäischen (EWS)

- ❖ Pierre Werner-Plan: 1970 vorgelegt, in drei Stufen: Ziel bis 1980 in drei Stufen eine Wirtschafts- und Währungsunion, harmonisierte Wirtschafts-, Steuer- und Währungspolitik, spätestens 1973 komplett gescheitert, abgebrochen.
- ❖ Währungsschlange / Währungstunnel: Ab 1973 lassen wichtige EG-Mitgliedsländer ihre Währungen gegenüber dem Dollar schwanken
- ❖ Vorläufer: **Europäisches Währungssystem (EWS)**  
1978 in Bremen konzipiert (Wechselkursmechanismus I, **WKM I**)  
  
Vor vierzig Jahren gestartet zum 1.1. 1979;  
abgelöst durch Maastrichter Vertrag 1.1.1990 (Fortsetzung als Wechselkursmechanismus, **WKM II** etwa für Dänemark)
- ❖ Das **Konzept der Delorskommission** von 1989: Drei Stufen mit zwei Säulen: Monetäre & wirtschaftliche Integration.

**Maastrichter Vertrag** 1990/92: Verengung auf Binnenmarkt + Monetarismus (Währungsunion).

Die knappe Zeitachse zur Vorbereitung und Auswahl der Mitgliedsländer:

1.1. 1999 **Vor zwanzig Jahren: Start des Euro** (zunächst als Buchwährung)

1.1. 2002 **Euro-Münzen und –Banknoten** werden endgültig als Zahlungsmittel eingeführt.

**Euro zu DM** auf der Basis des am Ende festgesetzten ECU: **1 EUR = 1,95583 DM**



## Defizite bei der Schaffung der WU: Monetär-Lastigkeit der Gesamtarchitektur

1. Maastrichter Vertrag: Reduktion auf Binnenmarkt + Währungsunion.
2. Fünf Konvergenzkriterien ausschließlich auf Geldwertstabilität ausgerichtet: *Vergemeinschaftung der staatlichen Schuldenpolitik* reduziert auf die Eindämmung der Geldentwertung (maximal 3% Neuverschuldung und 60% Gesamtschulden bezogen auf BIP).
3. Konvergenz der Realwirtschaft nicht geregelt: Gesamtwirtschaftliche, wirtschaftsstrukturelle Konvergenzkriterien fehlen (nicht berücksichtigt: Produktionspotenzial, internationale Konkurrenzfähigkeit, Außenhandelsungleichgewichte, Steuersysteme)
4. Keine Impulse zur Vergemeinschaftung des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und Armut: Ein Land mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 3% kann nicht Mitglied werden!

### **Lohnt sich der Euro? Vom Nutzen der Eurowährung**

1. **Stabiler Binnenwert** (HVPI): 1993 bis 2017 im Durchschnitt 1,71% p.a.  
*In diesem Zeitraum D-Mark 2,2%. Derzeit eher Deflation.*
2. **Attraktiver Außenwert** – allerdings stark volatil: \$/€-Wechselkurs schwankt derzeit um 1,15 \$/€
3. **Anerkannte Anlagewährung:** Weltweiter Anteil an den Reservewährungen 20,2 %  
(Anteile 2017, IV. Quartal USA 62,7%; Jap. Yen 4,9%; GBP 4,5%; wichtige Anlagewährung in China)
4. Sinkende **Transaktions- und Koordinationskosten**
5. Wichtig: Ausschluss von **Spekulationskosten** mit nationalstaatlichen Devisen
6. **Was kostet die Euro-Auflösung in Deutschland:** Massive Aufwertung der Währung (Importe werden billiger, aber Exporte teurer), wirtschaftlicher Einbruch, Verlust an Arbeitsplätzen

#### **Irrtumsstudie vom „Centrum für europäische Politik (CEP)“ aus Freiburg:**

Beispielsweise Deutschland Gewinner (1999-2017 1,6 Bio. €), Frankreich Verlierer (mit 3,9 Bio. €)

**Zielgröße:** Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedsländern

**Ordnungspolitische Forderung:** Neoliberaler Wettbewerb als Basis der Vergemeinschaftung

# Erinnerung an das Elend der permanenten D-Mark-Dominanz: Exportüberschüsse, nachhaltige Aufwertung, Kostensenkungsdruck vor allem Löhne und Beschäftigung

1. Durch Wettbewerbsstärke → Exportüberschüsse → Nachfrage nach DM steigt →
2. Aufwertung der DM → Exporterlöse in Deutschland sinken Nachfrage nach DM nimmt ab → DM wertet ab → erneut Vorteil für die Exportwirtschaft... und das Spiel geht von vorne los – die Exportstärke dominiert!
3. Der sich selbstkorrigierende Wechselkursmechanismus hat in Deutschland wegen der vom Wechselkurs relativ unabhängigen, starken Wettbewerbsvorteile kaum funktioniert.
4. Im Trend anhaltend hoch bewertete DM ... Von der Exportwirtschaft als Wettbewerbsnachteil über die Wechselkursstärke reklamiert:

Forderung der Wirtschaft nach Kostensenkungen zur Stärkung der durch den Wechselkurs belasteten Exportwirtschaft: Disziplinierung der Lohnpolitik + Jobabbau und in der Finanzpolitik Senkung unternehmerischer Steuern!

***Monetär-politische Dominanz der Deutschen Bundesbank – Schimpfwort Le Buba – belastet EU-Integration!***

## Allerdings: **Die Lehren aus der Eurokrise ziehen**

- \* Umbau des ESM (Krisenfonds) zu einem nachhaltigen Europäischen Währungsfonds (EWF)
- \* Vor allem aber abgestimmte: Fiskal- und Geldpolitik, die stärker auf Kohäsion ausgerichtet ist!
- \* Angemessene Sanierung für Mitgliedsländer in der Krise

Beispiel *Griechenland*: Statt Austeritätspolitik (mit starker Wirkung negativer Multiplikatoren – Absturz der Wirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit) – Spezielle Investitionsprogramme auch zum Aufbau einer mittelständischen Wirtschaft

- \* Ausbau des Eurosystems zur Haftungs- und Verantwortungsunion: auch durch vergemeinschaftete Kreditfinanzierung (Eurobonds)



## Eurosystem in der Krise:

### Der Beinah-Absturz Griechenlands

- \* Überschuldung (Staatsschulden 2012 über 160% des Bruttoinlandsprodukts)
- \* Zahlungsunfähigkeit: Tilgung und Zinszahlungen nicht mehr aufbringbar.
- \* Spekulationen durch die Finanzmärkte auf den Absturz des Eurosystems treibt Kapitalmarktzinsen nach oben.

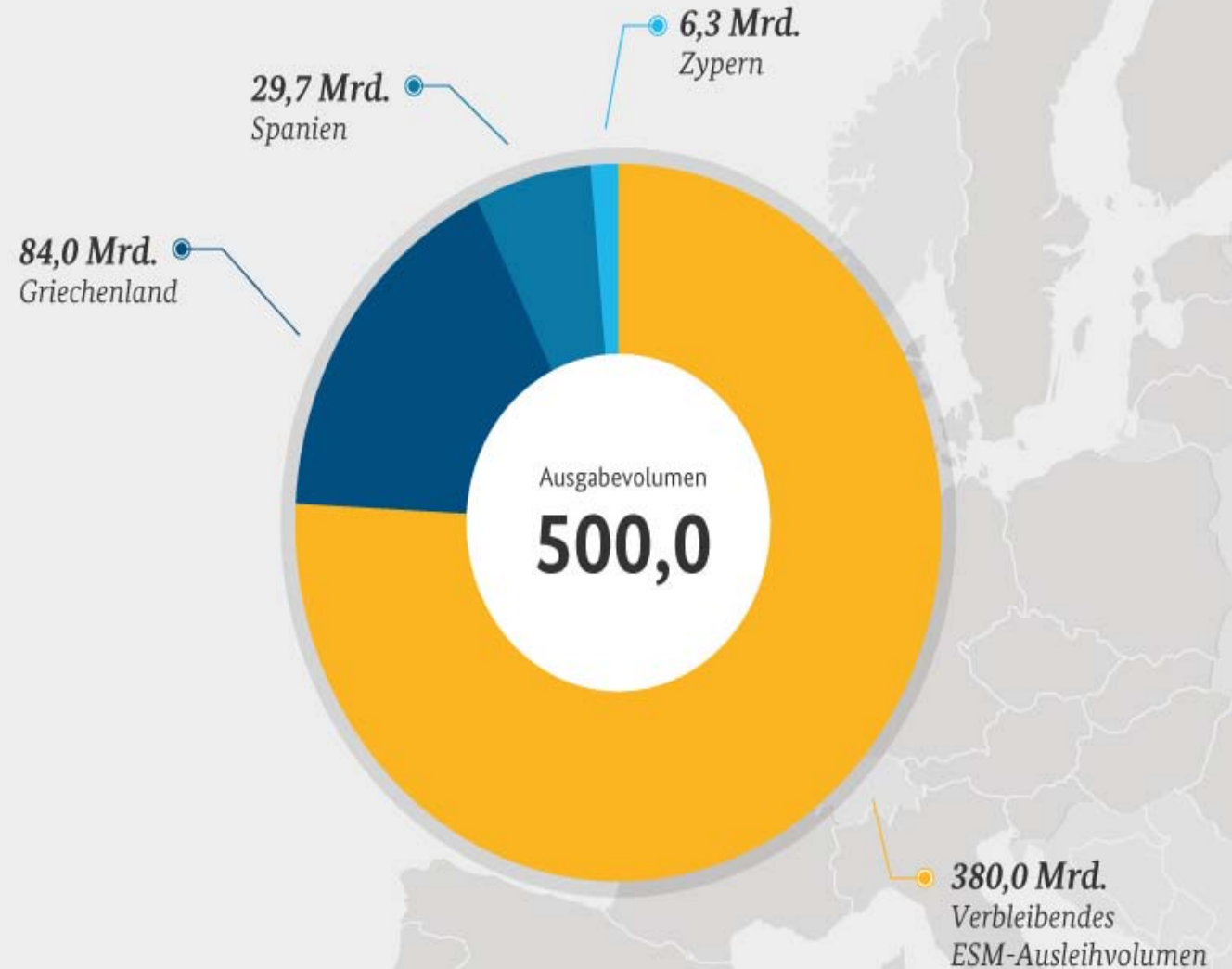
1. Gegenreaktion der EZB über Versorgung mit billiger Liquidität („What ever is takes)
2. Rettungsfonds EFSF bzw. ESM

### Schwere Fehler:

- \* Verzicht auf Schuldenschnitt
- \* Staatsausgabenkürzungen
- \* Belastung der Wirtschaft; wachsenden Armut
- \* kein die Wirtschaftsstruktur stärkendes Programm

## Belegung des ESM-Ausleihvolumens

(insgesamt 500,0 Mrd. Euro)



## Das Beispiel: Umbau des bisherigen ESM-Beistandssystems (European Stability Mechanism) in einen dauerhaften EWF (Europäischer Währungsfonds): Möglicherweise gemeinsames Projekt Merkel / Macron

- \* Bisher **ESM** (gezeichnetes Kapital 705 Mrd. € / eingezahltes Kapital 80,55 Mrd. €; Rest über Kapitalbesorgung; Vergabe von Finanzhilfen etwa an Griechenland und Spanien mit Auflagen)
- \* **EWF** als dauerhafter „Rainy Day Fund“ (IWF)
- \* Aufgabe ist es, gegen asymmetrische Schocks mit kurzfristigen Finanzhilfen zu reagieren.
- \* Bei kurzfristigen Finanzhilfen keine Konditionalitäten (keine Auflagen bei der Beanspruchung von Finanzhilfen; etwa Einsparvorschläge)
- \* Zwischenstaatliche Arrangements (Überwachung durch Parlamente)
- \* EWF-Volumen noch offen; Vorschlag IWF zur Einzahlung von 0,35% des BIP jährlich

# Wer hat das Eurosystem gerettet ?

## 1. Die entschiedene Politik der Europäischen Zentralbank

**Geldpolitik** gegen Spekulanten im Eurosystem

*Draghis Ceterum censeo* (... Carthaginem esse delendam”)

Am 26. Juli 2012 in London vor einer kleinen Gruppe weltweit für die Finanzmärkte relevanter Investoren: *Whatever it takes!* (“...was auch nötig ist, um den Euro zu retten. Und glauben Sie mir, es wird genug sein“)

## 2. Die Rettungsschirme

**Jedoch, gesamtwirtschaftliche Kosten der Rettung durch Austeritätspolitik in den Krisenländern viel zu hoch!**

**Kurswechsel zur Stärkung der Wirtschaft in den Krisenländern!**

# ***Der Streitpunkt Nullzinspolitik der EZB: Zum Ärger der Sparerinnen und Sparer – zum Vorteil der Systemstabilität***

**Oft übersehene Voraussetzung der EZB-Politik: Einheitliche Geldpolitik im Eurowährungsraum**, d.h. die Geldpolitik ist nicht nationalstaatlich teilbar: Der Leitzins gilt einheitlich beispielsweise in Berlin, Paris, Athen, Rom

## **Dreifache Zielsetzung für die Nullzinspolitik**

- 1. Kostensenkung der Kredite zur Stärkung der Sachinvestitionen**
- 2. Politik gegen die drohende Gefahr der Deflation, Umkehr mittelfristig verankerter rückläufiger Inflationserwartungen:**  
Mehr Inflation bis zur Zielinflationsrate von 2% erzeugen
- 3. *Stabilisierung* des Finanzsystems** (übernimmt auch Funktionen des immer noch nicht funktionierenden Interbankenmarktes (anhaltendes Misstrauen zwischen den Banken))

## Der Instrumtenkasten

- \* **Leitzins** (Hauptrefinanzierungssatz) bei 0,00% (kostenlose Liquidität für Banken)
- \* **Strafzins** für Einlagen der Banken bei der EZB bei -0,40 %
- \* **Anleihkaufprogramm** (Staatsanleihen, gedeckte Schuldverschreibungen, Unternehmensanleihen und ABS) bis Ende des Jahres 2018 pro Monat 30 Mrd. €;  
Gesamtes Volumen am 25. 1. 2019: 2,62 Bio. €
- \* **Spannendes Programm**: Zielgerichtete langfristige Refinanzierungsgeschäfte (4 Jahre) mit den Banken bei Nutzung für die Kreditvergabe: Zinssatz 0%; beim Überschreiten einer Kreditvergabeschwelle gibt es Rabatte bis zu 0,4% (orientiert am Strafzins)

**Wirkungsanalyse: Zielinkompatibilität** : Sinkende Kreditkosten steigende fremdfinanzierte Investitionen wirtschaftlicher Expansion

# ENTWICKLUNG DER LEITZINSSÄTZE SEIT 2000

— Fed-Leitzins USA — EZB-Leitzins Eurozone in Prozent



## ***Gefährliche Nebenwirkungen: Die negativen Folgen der Null- bzw. Minuszinspolitik***

1. Die durch die EZB geschaffene Liquidität wird nicht zur gewollten Kreditnachfrage, sondern zum **Kauf etwa von Finanzmarktprodukten** (vor allem Aktien) eingesetzt. Geldpolitik treibt Börsenkurse Der Deflation auf den Warenmärkten steht eine Vermögenspreisinflation (Asset Price Inflation) gegenüber. Mit Kursabstürzen muss gerechnet werden.
2. Die **realen Sparvermögen** verlieren an Wert („Enteignung der Sparer“):
  - \* Realzinsverluste gab es auch zu Zeiten der Bundesbank
  - \* Besteht kein politisch gesicherter Anspruch auf Marktzinsen
  - \* Alternativkosten eines Deflationsszenarios (Jobverluste)
  - \* **Folge: Mindestsicherung der Altersvorsorge nicht von Finanzmärkten abhängig machen**
3. Kritik zur **ungerechten Verteilungswirkung**: Geldpolitik belastet die Kleinsparer und fördert die Vermögenskonzentration zugunsten der Reichen (Hinweis durch die Präsidentin der US-Notenbank, Janet Louise Yellen).

## ***Lehren aus der Euro-Finanzmarktkrise***

### Abbau der ***Risiken im Finanzsystem:***

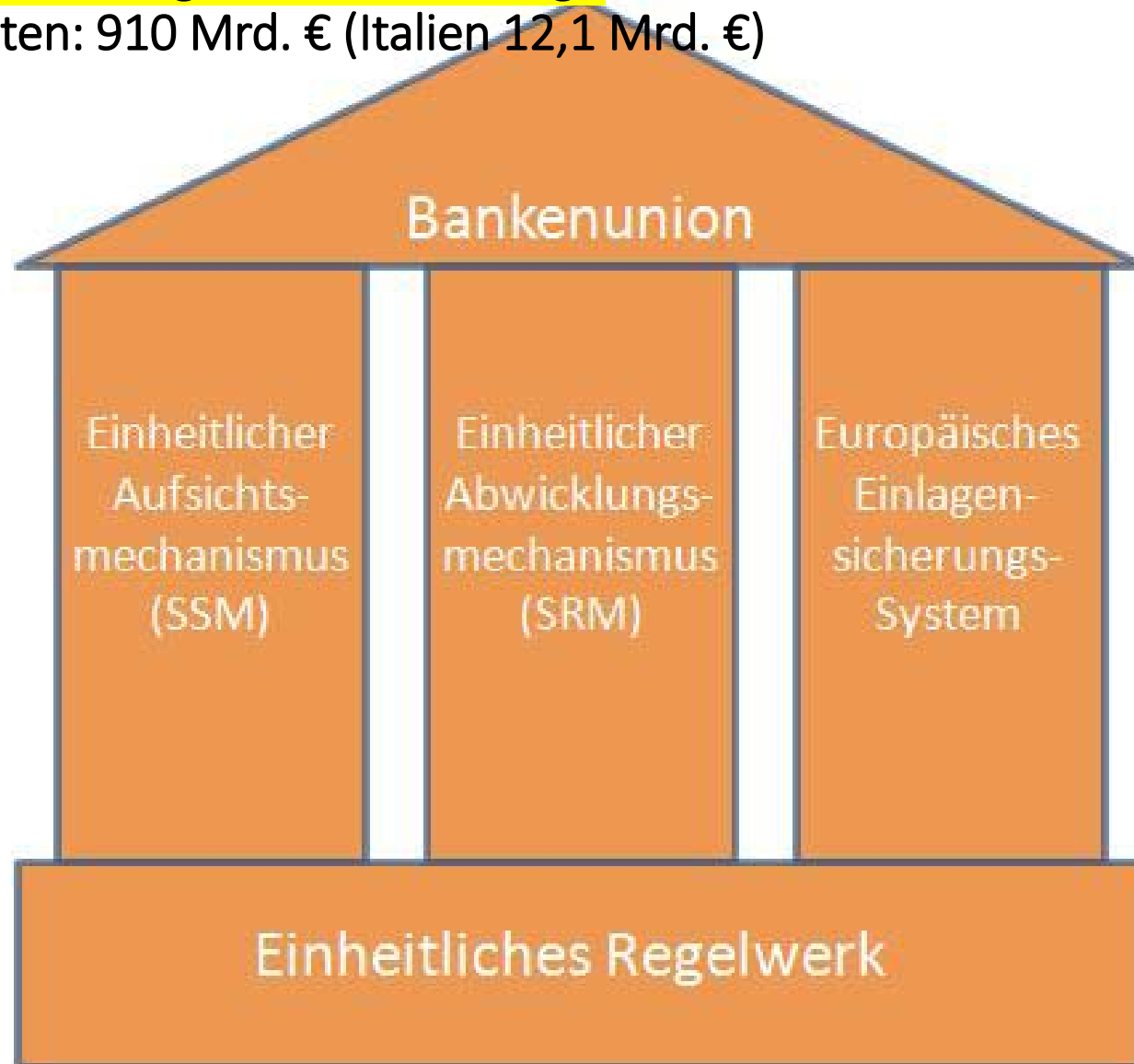
- \* Eigenkapitalvorschriften / Risikogewichtung der Staatsschuldtitel/  
Trennung von spekulativem Investmentbanking und Bankkundengeschäft / Verlangsamung des Turbohandels / Verbraucherschutz /  
Abbau der Boni-Entlohnung
- \* Die drei Säulen der Bankenunion insb. das Abwicklungsregime (Bail-in) verbindlich für alle Länder im EWS



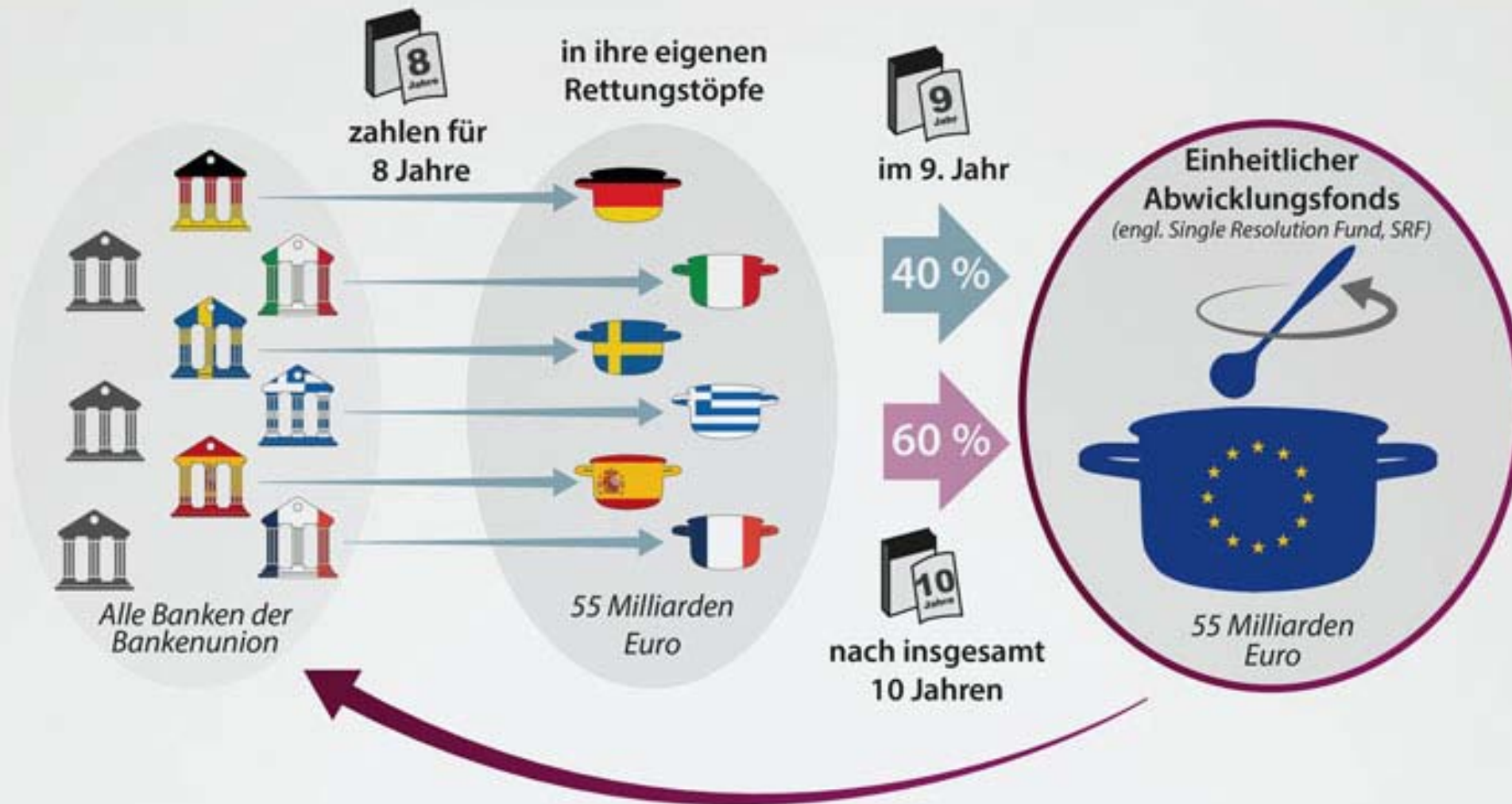
Weiterentwicklung Finanzmarktunion: Lehre aus der Krise des hoch spekulativen Finanzmarktsystems (Kasinokapitalismus):

Die EU ist allerdings viel zu zögerlich reformfähig!

Risiko an faulen Krediten: 910 Mrd. € (Italien 12,1 Mrd. €)



# Füllung des Abwicklungsfonds SRF



Zur Rettung von Banken der Bankenunion  
die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind

## **Aus den Erfolgen und Fehlschlägen konzipieren: Leitbild zur Vergemeinschaftung der EU**

### ***Bisher: Neoliberaler Wettbewerb und Austeritätspolitik***

Faktengestützte Erkenntnisse:

- \* Statt Konvergenz Auseinanderentwicklung durch neoliberalen Wettbewerb zwischen Mitgliedsländern
- \* Austeritätspolitik (staatlicher Schrumpfstaat) belastet: Produktionspotenzial, Arbeitsplatzsicherung, notwendiger Umbau der Wirtschaft, Innovationskraft und Sozialstaat belastet!

### **Zukunfts-Leitmodell:**

- \* ***Vergemeinschaftung mit Konvergenz statt Wettbewerb mit wachsender Divergenz***
- \* ***Handlungsfähige EU mit ihren Mitgliedsstaaten statt Schrumpf-Austeritätspolitik!***

# Was tun? Expansive Geldpolitik durch aktive Finanzpolitik unterstützen:

## Gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch Investitionsoffensive generieren!

- Restriktionen durch Fiskalpakt abbauen: Öffentliche Haushalte gesamtwirtschaftlich zur Nachfragestärkung einsetzen
- Für die gesamte EU: Öffentliche Investitionsoffensive – ***Junckerplan*** mit 315 Mrd. Volumen geht in die richtige Richtung; allerdings unterstellte Hebeleffekte zugunsten privater Investitionen naiv; Multiplikator von 15 - 100 € öffentlich veranlasster Investitionen erhöhen das Bruttoinlandsprodukt um 150 €  
***Kritik Rechnungshof: Mitnahmeeffekte (1/3 auch ohne Fond realisiert), Mehrfachprogramme, regionale Verteilung stark unausgewogen***
- Krisenländer wie Griechenland: Wechsel von der Austeritätspolitik zu einer Politik des ökonomischen Aufbaus (Herkulesplan) + Reformen
- Für Deutschland: ein Infrastrukturfonds
  - \* 10 Jahre pro Jahr 10 Mrd. €
  - \* Abbau des Substanzverlustes beim öffentlichen Vermögen
  - \* Stärkung der Gemeinden und Städte

# Wie geht es weiter? Kontroverse über die weitere Vergemeinschaftung der Finanzpolitik: Vorschläge von Macron

## 1. Zukunft des EU- Gemeinschaftshaushaltes

- \* **Jahresbudget ca. 160 Mrd. €** (derzeit 1,02 EU-BIP, soll auf 1,11 % erhöht werden)
- \* **Einzahlungen nach Brexit** (ca. 11-12 Mrd. € mehr für Deutschland, MFR 2021-2017: 1,270 Bio. €)
- \* **Eigene EU-Steuer?**

## 2. EU- Investitionsfonds (Teil des EU-Gemeinschaftshaushaltes) mit ca. 25 Mrd. € in einem Fonds (allokativ ausgerichtet; für Infrastruktur)

## 3. Eigenes Eurozonenbudget

Diskutiertes Volumen ca. 25 Mrd.€

Droht Alibifunktion zu übernehmen

Innerhalb des EU-Haushalts; keine Gegensteuerung zur Krise, nicht als makroökonomischer Stabilisator konzipiert; eher Finanzhilfen zur Durchsetzung neoliberaler Strukturreformen

## 4. Eigener Finanzminister für den Euroraum mit Entscheidungskompetenz

## 5. Ausrichtung der Finanzpolitik

- \* **Vergemeinschaftung des Staatsschuldenmanagements (Schuldenschnitt, Eurobonds):  
Breite Ablehnung wegen Sorge um Transferunion**
- \* **Funktional gestaltende Finanzpolitik statt Austeritätspolitik** (auch konditionierte Hilfen zum Abbau der Staatsschulden mit negativen Folgen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung)

**Schwerpunkt: Defizite bei der Vergemeinschaftung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Empfehlungen zur wirtschaftsliberalen Deregulierung in einzelnen Ländern dominieren**

**1. Sozialsystem gegen sozial-ökonomischen Abstieg, Arbeitslosigkeit und Armut zu wenig aktiv, ja, kontraproduktive Maßnahmen durchgesetzt**

**Forderungen: Mindeststandards für Arbeitslosenversicherung sowie EU-weite Mindestlöhne**

**2. „Empfehlungen“ zum Abbau von Standards der Arbeit, der Lohnfindung und Mindestlohnabbau sowie Abbau von Arbeitsversicherungsleistungen dominieren**  
***Basis der Einflussnahme auf Mitgliedsländer: „Das Europäische Semester“ (2010)***

\* EU-Institutionen als neoliberaler Agendasetter in den Mitgliedsstaaten – auch durch Unterstützung der nationalen Wirtschaftsverbände

\* Nicht nur Symbolik, vielmehr Druck durch Androhung von Sanktionsmechanismen („gewisse Verbindlichkeit“) im Rahmen des „Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP)“ auch über Struktur- und Kohäsionsfonds

**Forderung: Ausbau der Schutzrechte für abhängig Beschäftigte sowie Stärkung der tariflichen Lohnfindung**

**Das Europäische Semester**  
(zur Unterstützung der Ziele  
„Strategie Europa 2020“)

*Massive Einflussnahme der EU-  
Institutionen auf die nationalen  
Regierungen!*

Bisher:

13 Länder Empfehlungen zur  
Lockerung Arbeitsschutz

11 Länder Empfehlungen zum  
Kündigungsschutz, zur Arbeitszeit,  
zur Deregulierung der Lohnfindung;  
zur Senkung von Mindestlöhnen

Besonderer Druck auf die Änderung  
der Arbeitsmarktverfassung in  
Frankreich seit 2015 mit Androhung  
finanzieller Sanktionen

Länderspezifische Empfehlungen  
im Rahmen des Europäischen Semesters  
2011 - 2018

Quelle: EU-Kommission, eigene Auswertung

	Deregulierung und/oder Dezentralisierung der Lohnfindung	Lockerung von Arbeitsschutzgesetzen wie bspw. dem Kündigungsschutz oder Arbeitszeitregelungen	Senkung von Mindestlöhnen bzw. Empfehlung zur moderaten Entwicklung	Abbau von Arbeitsversicherungsleistungen und/oder Implementierung von Aktivierungs- und Sanktionsmechanismen
Belgien	●			●
Bulgarien			●	●
Estland				●
Finnland	●			●
Frankreich	●	●	●	●
Irland				●
Italien	●	●		●
Kroatien	●	●		
Lettland				●
Litauen		●		●
Luxemburg	●			●
Malta	●			
Niederlande		●		
Portugal	●	●	●	●
Rumänien			●	●
Slowakei				●
Slowenien		●	●	●
Spanien	●	●		●
Tschechien				●
Ungarn		●		●
Zypern	●	●		●



## **Defizite bei der weiteren Vergemeinschaftung**

- \* Abbau von gesamtwirtschaftlichen Leistungsbilanzungleichgewichten:  
Aufgabe für das chronisches Überschussland Deutschland**
- \* EU-Arbeitslosenversicherung (Olaf Scholz)**
- \* Mindestlöhne in der EU sichern (Höhe differenziert nach Ländern)**
- \* Steuerharmonisierung (Unternehmenssteuersätze / Steuerkriminalität):  
Abschaffung der Steueroasen in der EU für weltweite Großkonzerne)**
- \* Regelsystem zur Staatsinsolvenz (Beteiligung privater Gläubiger)**
- \* Ausbau der nachhaltigen Umweltunion:**
  - heutigen Emissionshandel mit CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (ETS) stärken**
  - EU-weite CO<sub>2</sub>- Steuer**
  - Ausstieg aus Atomkraftwerken sowie Braun- und Steinkohle-Förderung  
samt Ausstieg aus den entsprechenden Energiekraftwerken**
  - Ökologische Infrastrukturprogramme**

## Ein Beispiel zum Ausbau der Sozialunion: Die Europäische Arbeitslosenversicherung (*Vorschlag von Olaf Scholz*)

Anlass: ***Mitgliedsländer in der Krise***

- \* Einnahmen aus Steuern und Beiträgen stürzen ab
- \* Sozialausgaben steigen mit der Arbeitslosigkeit

**Scholz-Lösung:** Mit Rückversicherungsfonds nationale Sicherungssysteme fit machen  
Schaffung eines EU-Rückversicherungsfonds:

- \* Krisenland erhält Kredit
- \* Bei besserer Wirtschaftslage wird Kredit zurückbezahlt
- \* Stärkt die automatischen Stabilisatoren über die inländische Nachfrage in den Krisenländern

### Ein genereller proaktiver Risikofonds

Schaffung eines EU-Fonds, der gleichzeitig der antizyklischen Finanzpolitik dient (Variation der inländischen Nachfrage)

- \* Länder zahlen eine Krisenreserve in den Fonds ein
  - \* Ausbezahlt wird in der Krise an die SV-Systeme
- Länder nehmen nur das raus, was sie vorher einbezahlt haben!

## **Institutionelle Defizite: Reformen zur demokratischen Fundierung**

- \* Reduzierung der Mitglieder in der Kommission (derzeit Vorschlag auf 17)
- \* Die drei Institutionen neu justieren: Rat der EU (Ministerrat) / Kommission / Europäisches Parlament
- \* Stärkere Verankerung mit der demokratischen Entscheidungsfindung in den Mitgliedsländern
- \* Diskussion über die Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips: Was regelt die EU /Was regelt der Mitgliedstaat?
- \* Demokratisch legitimierte Macht auf der EU-Ebene: Leitbild Bundesstaat?
- \* Derzeit keine Chance für ein Finanzausgleichssystem (vergleichbar mit Deutschland nach dem Prinzip „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ über die angemessene Angleichung der Finanzkraft

## Mutmaßungen zur Zukunft der EU: Gelingt es, die politische, ökonomische, soziale und ökologische Harmonisierung gegen das Auseinanderfallen durchzusetzen?

1. Der Blick zurück zeigt: **Krisen** in der EU sind immer wieder **erfolgreich** genutzt worden, die EU als Politische Union nicht abubrechen, sondern weiter zu entwickeln.
2. Politisch, wirtschaftlich, sozial (allerdings zu wenig) und ökologisch zeigt der Vergleich EU gegenüber dem Szenario nationaler Politiken der einzelnen Mitgliedstaaten, die Bilanz der EU bietet allen Beteiligten **viel mehr Vorteile als Nachteile**.
3. Die derzeitigen Defizite in den wichtigsten Politikbereichen lassen sich durch eine inhaltlich **konsistente Harmonisierung** der EU-Kompetenzen abbauen.
4. Dem instrumentellen Kompetenzverlust der einzelnen Mitgliederstaaten steht der **Zugewinn** durch Vorteile der EU gegenüber.
5. Die EU muss als Politische Union mit hohem **Identifikationspotenzial** für die Gemeinschaft weiter entwickelt werden.

6. Gegenüber dem Prozess des **Rückzugs auf nationalstaatliche Interessen** ist die EU eine Chance (auch Vermeidung von Handelskriegen)
7. Entscheidend ist, die EU benötigt institutionelle Reformen zur Stärkung demokratischer Absicherung.
8. Nagelprobe für die Zukunftsfähigkeit der EU: Gemeinschaftlich verantwortliche Antwort auf die Frage nach der humanen Bewältigung der **Flüchtlingszuwanderung!**

***Eine starke, handlungsfähige Union ist gegen die richtige Antwort gegen die machtvolle Multilateralisierung der Welt mit egomanen Hegemonieansprüchen nicht nur der USA und Chinas!***

## Abschließende Überlegung:

**Die hier formulierten Anforderungen an eine zukunftsfähige EU richten sich an Vollmitglieder. Ein Ausschluss aus Teilbereichen der Vergemeinschaftung – etwa harmonisierte Finanz- und Regionalpolitik – ist nicht möglich.**

Was geschieht mit den Ländern, die mangels ausreichender Konvergenz und politischer Bereitschaft nicht Vollmitglieder sein können/wollen?

Länder mit unterschiedlichen **Vergemeinschaftungsgraden**: Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten

1. EU- Politisches Vollmitglied (Kern-Europa)
2. Monetäres Kern-Europa mit ökonomisch-fiskalischen Konvergenzanforderungen (EWS-Teilnahme; derzeit 9 Länder)
3. Länder mit vertraglicher Bindung zur EU (etwa Norwegen)

Der **Wechsel zwischen dem Status 1, 2, 3** sollte klar geregelt werden.

Bisher nach Artikel 50 EUV nur aktives **Recht zum Austritt** beim Mitgliedsland: Sollte künftig auch die EU den Austritt eines Landes veranlassen können?

Danke für Ihre Aufmerksamkeit mit dem Wunsch  
auf eine intensive Diskussion!

